

Das »Ahleener Programm« der CDU – ein fortwirkender Auftrag und seine Grenzen

Das »Ahleener Programm« der CDU der britischen Besatzungszone vom Februar 1947 ist ein bis heute umstrittenes Programm. Manche sehen darin eine »Jugendsünde der CDU«, den »Ausdruck sozialistischen Wollens«, ein »Dokument der verdrängten antikapitalistischen Vergangenheit der heutigen CDU«; für andere ist es lediglich eine politische »Kompromißformel« von taktischer und darum bloßer historischer Bedeutung für die Parteigeschichte; christlich-demokratische Arbeitnehmer der Sozialausschüsse schließlich feiern dieses Programm als »Magna Charta des vierten Standes«. Es ist für viele von ihnen zu einer Bekenntnisformel ihres Wollens geworden. Weite Kreise dieser Arbeitnehmerschaft und seit neuestem auch die Junge Union machen vom Ja oder Nein zu diesem Programm die richtige soziale Orientierung, sozusagen die christlich-soziale Rechtgläubigkeit abhängig.

Die DGB-Gewerkschaften und die SPD sind seit langem und immer wieder bemüht, diese Vorstellung von der Bedeutung des Ahleener Programms zu bestärken; sie möchten die Union ein für allemal auf dieses Papier festnageln und jegliche Abweichung oder Fortschreibung als eine Art Selbstverrat der CDU diffamieren. Die Sozialisten ihrerseits freilich haben keinerlei Bedenken, ihre Programme neuen Entwicklungen anzupassen. Bezeichnend war ein Disput auf dem Godesberger Parteitag im Jahre 1959, als *Ollenhauer* damals der CDU Abfall vom Ahleener Programm vorwarf, worauf der Delegierte Dr. *Stein* erwiderte, auch die SPD habe sich mit ihrem Entwurf, der dann zum Godesberger Parteiprogramm wurde, weit vom Ahleener Programm entfernt. Der Wortwechsel ist im offiziellen Godesberger Protokoll des Parteitages festgehalten¹.

Es fällt auf, daß kaum ein Befürworter des vielgepriesenen Ahleener Programms den Text überhaupt kennt, ja, lange Zeit war es gar nicht einfach, den Text überhaupt zu bekommen, um ihn kritisch prüfen,

¹ Protokoll des Godesberger SPD-Parteitages, S. 82/83.

das Grundsätzliche vom bloß Zeitbedingten unterscheiden und dem vielfältigen Mißbrauch entgegenreten zu können, die einem gerade passenden Teile aus dem Zusammenhang zu reißen und für das Ganze des Programms auszugeben. Daher soll im folgenden etwas zur Geschichte des Ahlener Programms gesagt werden, zu seinem Inhalt, der Fortschreibung zu den »Düsseldorfer Leitsätzen« und schließlich zu dem in ihm liegenden fortwirkenden Auftrag für die Christlich-Sozialen in den Unionsparteien.

I. ZUR GESCHICHTE DES AHLENER PROGRAMMS

Die Ausgangslage nach 1945

Mit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges war ganz allgemein die Meinung verbreitet, daß mit den kriegsbedingten ungeheuren Zerstörungen in Europa auch die Epoche des Kapitalismus endgültig zu Ende gegangen sei. »Sozialismus« hieß in den beiden ersten Nachkriegsjahren in ganz Europa die Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftssystem. In Deutschland erhob *Kurt Schumacher* als Führer der Sozialdemokratie den Anspruch auf die politische Führungsrolle seiner Partei, da, wie er in seinen großen Reden verkündigte, die Epoche des Kapitalismus vorbei sei und jetzt die arbeitenden Schichten zum Zuge kommen müßten².

Es blieb nicht aus, daß die Stellung zum Sozialismus und im Hinblick auf die sowjetisch besetzte Zone zum Marxismus in den zwei ersten Nachkriegsjahren das entscheidende Problem auch für die sich in der CDU sammelnden christlich-sozial orientierten Frauen und Männer werden mußte. So konnte man sich den Wiederaufbau nicht anders als eine Neuordnung von Grund auf vorstellen mit den Mitteln einer weithin gelenkten Wirtschaft. Auf diesem Hintergrund sind die Bestrebungen der Anhänger des damaligen »Christlichen Sozialismus« zu sehen, die in den ersten Programmentwürfen der entstehenden CDU bis in das Programm von Ahlen ihren Niederschlag fanden.

Die ersten Programmentwürfe

In den »Kölner Grundsätzen« vom Juni 1945, einem Aufruf zur politischen Sammlung, die unter dem starken geistigen Einfluß von

² *K. Schumacher*, Konsequenzen deutscher Politik. Rede im Sommer 1945, in: Reden und Schriften II, Berlin 1953, 377.

P. Welty O. P. in Walberberg formuliert wurden, kam es zu ersten programmatischen Äußerungen; sie wurden aufgegriffen und weitergeführt in den »Leitsätzen der CDU in Rheinland und Westfalen« vom September des gleichen Jahres³.

Auf der ersten Tagung des Zonenausschusses der britischen Besatzungszone am 22./23. Januar 1946 in Herford wurde als wichtigster Grundsatz des Wiederaufbaus in Deutschland für ein Programm »die Betonung des Wertes der Person als Grundlage einer christlichen Demokratie« beschlossen⁴. Die zweite Tagung des Zonenausschusses verabschiedete am 1. März 1946 in Neheim-Hüsten einstimmig ein Parteiprogramm, dem die Vorschläge *Adenauers* zugrunde lagen. Es war eindeutig ein *Adenauer*programm. Es konnte nur für die britische Zone Geltung haben. Zugleich wurden hier die Landesverbände der britischen Zone koordiniert⁵.

Bemerkenswert war, daß das Wort vom »Christlichen Sozialismus«, das die Verhandlungen des sogenannten Godesberger »Reichstreffens« vom Dezember 1945 noch so stark geprägt hatte, bereits fehlte; es fehlte auch bereits in den rheinisch-westfälischen Leitsätzen und wurde auf der Zonentagung in Neuenkirchen am 27./28. Juni 1946 endgültig aufgegeben⁶.

Das *Programm von Neheim-Hüsten* setzte zwei neue Akzente: Es fehlt die Forderung nach einer umfassenden Sozialisierung, wie sie dem damaligen »Christlichen Sozialismus« bzw. einem »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« erforderlich erschien; beibehalten wird lediglich die Forderung nach »Vergesellschaftung der Bergwerke«. Neu aufgenommen wurde der Passus vom Erwerb »mäßigen Besitzes für alle ehrlich Schaffenden« als einer »wesentlichen Sicherung des demokratischen Staates«.

Zwischen den Sitzungen der ersten und zweiten Zonentagung hatte die Frage der Sozialisierung eine entscheidende Rolle gespielt⁷. Starke Kräfte der CDU waren für weitgehende Sozialisierung eingetreten.

³ *L. Schwering*, Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklinghausen 1963, 1. Auflage. Hier die Dokumentation aller Programme bis einschließlich Ahlen.

⁴ *K. Adenauer*, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, 55–66.

⁵ *R. Morsey*, Vom Kommunalpolitiker zum Kanzler, in: Konrad Adenauer, Ziele und Wege, hrsg. v. d. Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1972, 48.

⁶ *L. Schwering*, a. a. O., 183.

⁷ *K. Adenauer*, a. a. O., 57 f.

Die Stellung der CDU dazu zu klären, war eine der wichtigsten Aufgaben von Neheim-Hüsten. Außerdem beschloß man übereinstimmend die wichtigsten Grundsätze über die christliche Grundlage der CDU und die kulturellen Fragen wie Schule und Erziehung, Staat und Kirche.

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten gab es dagegen zunächst hinsichtlich der wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätze⁸. Hart prallten die Ansichten über das mögliche Ausmaß von Sozialisierungen aufeinander. Ein großer Teil mit *Adenauer* war gegen eine zu starke Sozialisierung, zudem vertrat hier *Adenauer* auch entschieden das »machtverteilende Prinzip«. Man einigte sich schließlich, indem man eine prinzipielle Entscheidung bis auf weiteres aufschob, da »die sich aufdrängende Frage der Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft zur Zeit nicht praktisch (ist), da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist«⁹.

Das Verdienst für den erreichten Kompromiß gebührt *Johannes Albers* aus Köln. *Adenauer* hob es in einem Nachruf auf *Karl Arnold* und *Josef Gockeln* im Jahre 1965 dankbar hervor¹⁰.

Die Bedeutung von Neheim-Hüsten schätzte er rückschauend hoch ein. »Ich halte die Tagung der CDU in Neheim-Hüsten für eine der entscheidendsten Tagungen der CDU.« Die Spaltung der Partei angesichts der divergierenden Ansichten vor allem über Ausmaß und Prinzipien einer Sozialisierung wurde verhindert¹¹.

Die Vorbereitung der Tagung von Ahlen setzte wenige Wochen nach Neheim-Hüsten ein. Zur Vorbereitung eines neuen Programms beschloß der geschäftsführende Vorstand unter Vorsitz von *Adenauer* am 10. April 1946 einen Wirtschafts- und Sozialausschuß¹². Es ging darum, den in Neheim-Hüsten kontrovers gebliebenen Teil über die wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätze von innen her aufzuarbeiten. Dem Ausschuß gehörten Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Konsumenten an. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten wurden *Robert Pferdenges* und *J. Gockeln* gewählt; da dieser wegen anderweitiger Tätigkeit ausschied, trat *Johannes Albers* als Arbeitnehmer

⁸ Ebd., 59/60.

⁹ *L. Schwering*, a. a. O., 225.

¹⁰ *R. Morsey*, a. a. O., 49, Fußnote 94; ähnlich *K. Adenauer*, a. a. O., 61.

¹¹ *R. Morsey*, a. a. O., 49; *K. Adenauer*, a. a. O., 57.

¹² *L. Schwering*, a. a. O., 213 (Archiv Schwering Fasz. V).

an seine Stelle¹³. Obwohl *Rolf Badstübner*¹⁴ sich als Quelle ausdrücklich auf *Leo Schwering*¹⁵ bezieht, weiß er lediglich zu berichten, daß das Ahlener Programm nur »unter Federführung von Bankier *Robert Pferdenges*« entstand. Wohl nicht ungewollt erweckt er damit den Eindruck einer angeblichen westdeutschen Restauration entsprechend der Zielsetzung seines Buches von der »Restauration in Westdeutschland«.

II. DAS AHLENER PROGRAMM

Das Ahlener Programm¹⁶ ist eine programmatische Erklärung des Zonenausschusses der britischen Besatzungszone in Ahlen vom 1. bis 3. Februar 1947 und bildet den vorläufigen Abschluß der Programmdiskussion innerhalb dieses Zonengebietes. Es trägt den Titel »CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus. Das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU«. Es zeigt Wollen und Weg zu einer Neuordnung und nicht zu bloßem Wiederaufbau auf, wie die Verfasser betonten. In ihm haben die vorausgegangenen programmatischen Überlegungen ihren Niederschlag gefunden. Es wurde maßgeblich von den »antikapitalistischen« Kräften der christlich-sozialen Bewegung bestimmt, wie sie sich vor allem aus alten christlichen Gewerkschaftern in den Sozialausschüssen um *Jakob Kaiser* und *Johannes Albers* formierten. Es beginnt mit der Feststellung: »Das kapitalistische Wirtschaftssystem« müsse einer »Neuordnung von Grund auf« weichen.

Das Programm besteht aus drei Teilen. Es enthält

1. die »programmatische Erklärung« des Zonenausschusses anlässlich der Verabschiedung in Ahlen im Februar 1947;
2. einige wesentliche »wirtschaftspolitische Grundsätze« aus dem Parteiprogramm von Neheim-Hüsten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik vom 1. März 1946, die *Konrad Adenauer* am 24. August des gleichen Jahres bei einer öffentlichen Kundgebung auf dem Burgplatz in Essen als »Essener Leitsätze« verkündete;

¹³ Ebd.

¹⁴ *R. Badstübner*, *Restauration in Westdeutschland 1945–49*, Berlin 1965, 249; siehe auch *ders.*, *Zur Problematik und historischen Bedeutung des Ahlener Programms der westdeutschen CDU*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 1961, H. 8, 1789 ff.

¹⁵ *L. Schwering*, a. a. O., 213.

¹⁶ Ebd., 228–233.

3. ein diese Grundsätze ausfaltendes »Aktionsprogramm« für die Neuordnung der Wirtschaft, ebenfalls vom Februar 1947.

Wer immer sich auf das Ahlener Programm beruft, müßte, wenn er bei der Wahrheit bleiben will, präzisieren, von welchem der drei Aussagekomplexe er redet, und dürfte nicht den geistigen Zusammenhang verleugnen. Diese Frage ist deswegen bedeutsam, weil sich DGB und SPD zumeist nur auf die »programmatische Erklärung« mit ihrer Absage an den Kapitalismus zu beziehen pflegen und aus dem »Aktionsprogramm« lediglich die Stichworte »Sozialisierung, Planung und Lenkung« herausheben und sozialistisch interpretieren. Diese herausgerissenen Bruchstücke einer geistigen Konzeption identifizieren sie dann fälschlich mit dem Ahlener Programm.

Teil I: Die »programmatische Erklärung«

Die programmatische Erklärung, die man als Präambel auffassen kann, geht von der Feststellung aus, daß das »kapitalistische Wirtschaftssystem« versagt habe. Daraus wird gefolgert, daß eine radikale, eine »Neuordnung von Grund auf« fällig sei. Die neue Ordnung aber müsse eine »gemeinwirtschaftliche« sein. Wörtlich heißt es in der »Erklärung«:

»Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.«

Eine bemerkenswerte Änderung ist gegenüber Neheim-Hüsten anzumerken: Während dort als Krisenursache die »materialistische Weltanschauung« genannt wird, wird hier das »kapitalistische Wirtschaftssystem« zum Schuldigen gemacht.

Die Schwächen der »programmatischen Erklärung« liegen offen: Sie entstand unter dem Eindruck der damaligen fast hoffnungslos erscheinenden Zeitlage und einer Hochkonjunktur sozialistischer Lö-

sungsvorstellungen, die sich mit einer im Sozialkatholizismus beheimateten antikapitalistischen Stimmung im Zeichen eines »Christlichen Sozialismus« traf. Des weiteren differenziert die Erklärung nicht, von welchem Kapitalismus die Rede ist. Unberücksichtigt bleiben seine verschiedenen Ausformungen wie auch die Tatsache, daß der christlich-sozialen Bewegung der »sozial temperierte Kapitalismus« nicht unbekannt war. Wieso eine radikal-revolutionäre, systemverändernde Neuordnung eine befriedigende Lösung bringen kann, wird nicht beantwortet.

Die Wortredner des Ahlener Programms können sich auch nicht auf O. von Nell-Breuning berufen, der bekanntlich die Kennzeichnung des modernen Sozialstaates als »liberal-kapitalistischen Staat« unverantwortlich nennt und in der »Vergesellschaftung« keine wirkliche Neuordnung zu erkennen vermag, da die kapitalistische Wirtschaftsweise unangetastet bleibt und »an die Stelle der privat-kapitalistischen (lediglich) die öffentlich-gemeinwirtschaftliche, sozial- oder staatskapitalistische Wirtschaftsweise« tritt. Vielmehr sei ein Zusammenwirken einer wahrhaft fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung mit dem eine soziale Strukturpolitik treibenden Staat ein wirksamer Weg evolutionärer Entwicklung der Gesellschaftsordnung¹⁷.

In Analyse und Therapie ist die »programmatische Erklärung« falsch und läßt sich nicht aufrecht erhalten. Die christlich-soziale Bewegung hat sich für einen »aufgeklärten Antikapitalismus« entschieden, der die Chance eines »sozial temperierten Kapitalismus« in einer recht verstandenen und wirksam praktizierten »sozialen Marktwirtschaft« wahrnimmt. Denn »der sozial temperierte Kapitalismus«, der von der liberalistischen, freibeuterischen Grundlage befreit ist, hat »die Lage der breiten Volksmassen im Ergebnis nicht verschlimmert, sondern eher verbessert«; er ist »immer noch und seine Auswirkungen sind immer noch erträglicher als alles, was wir sonst aus Erfahrung kennen«¹⁸.

Teil II: Die »wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundsätze«

Der zweite Teil des Ahlener Programms legt als Ziel der Wirtschaft »die Bedarfsdeckung des Volkes« fest. Ausgangspunkt alles Wirtschaftens (und aller Politik) müsse die Anerkennung des Menschen als Person und seiner Freiheit sein. Daraus ergebe sich als notwendige

¹⁷ O. v. Nell-Breuning, Kapitalismus und gerechter Lohn, Freiburg 1960, 57 u. 31 f., 52.

¹⁸ Ebd., 93.

Folgerung einerseits die Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des einzelnen, andererseits die Verhinderung wirtschaftlicher Zusammenballungen, durch die sowohl die wirtschaftliche wie die politische Freiheit gefährdet werden könnte.

Der Teil II schließt unmittelbar an die »programmatische Erklärung« an:

»In dieser Erkenntnis hat das Parteiprogramm der CDU vom März 1946 folgende Grundsätze aufgestellt:

Ziel aller Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes. Die Wirtschaft hat der Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft zu dienen. Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit. Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die Gestaltung und Führung der Wirtschaft darf dem einzelnen nicht die Freiheit seiner Person nehmen. Daher ist notwendig:

Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des einzelnen; Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder persönliche Freiheit gefährdet werden könnte. Kohle ist das entscheidende Produkt der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke.«

Diese »Grundsätze« beruhen auf richtigen und weiterhin gültigen Erkenntnissen, die in der christlichen Soziallehre und Ethik ihre Begründung und Bestätigung finden. Als auf dem Landesparteitag der nordbadischen CDU im Juni 1947 der Vorwurf erhoben wurde, man hätte in Ahlen den Begriff des »Christlichen Sozialismus« preisgegeben, meldete sich ein Vertreter der CDU der britischen Zone zu Wort und hob hervor: »Wir haben gespürt, daß wir unsere eigenen Leute, unsere eigene christliche Arbeiterschaft mit diesem Begriff nur verwirren, während doch in der Gegenwart Klarheit die unbedingte Forderung der Stunde ist. Deswegen haben wir das Ahlener Programm ganz bewußt auf dem alten, christlich-sozialen Erbgut aufgebaut... Wir wollen unsere Arbeiterschaft erfüllen mit dem Ideengut eines Freiherrn vom Stein, eines Görres, eines Kolping, Ketteler, Wichern, Stöcker, Stahl usw. Wir wollen ihnen... zeigen, was eigentlich christliche Demokratie, christliche Sozialreform im Gegensatz zur sozialistischen Sozialreform ist«¹⁹.

¹⁹ Protokoll des 2. Landesparteitages der nordbadischen CDU, in: Südwestdeutsche Union, 2. Jg., Nr. 12.

Teil III: Das »Aktionsprogramm zur Neuordnung der Wirtschaft«

Der umfangreichste Teil des Ahlener Programms ist der dritte, das Aktionsprogramm, das »im Verfolg dieser (vorangegangenen) Grundsätze nunmehr von der CDU für die Neuordnung der Wirtschaft beschlossen wurde«, womit Teil II und III miteinander verbunden werden.

Die Schwerpunkte des Programms

Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die industrielle Entwicklung der deutschen Vergangenheit werden folgende Schwerpunkte herausgestellt:

1. Die angestrebte neue Struktur der deutschen Wirtschaft soll in gleicher Weise frei sein von einer »unbeschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus« wie von einer Ersetzung durch einen noch gefährlicheren »Staatskapitalismus«. Dazu sollen beitragen: Entflechtung der Konzerne, eine Kartellgesetzgebung, flankierende Maßnahmen mittels des »machtverteilenden Prinzips« wie Ausbau des Genossenschaftswesens, Beteiligung der im Betrieb tätigen Arbeitnehmer an diesen Unternehmungen, Erhaltung der notwendigen Unternehmerinitiative, Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisen-schaffenden Großindustrie, Achtung des rechtmäßig erworbenen und politisch nicht mißbrauchten Eigentums und anderes mehr.

2. Von aktuellem Interesse für heute sind die damaligen Vorstellungen zur Frage der Mitbestimmung, d. h. zur »Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Betrieb«. Vorgeesehen ist eine »Beteiligung am Ertrag«. Bedeutsam ist die Unterscheidung zwischen »Mitbestimmung« und »Mitwirkung«, und zwar der Arbeitnehmer des Betriebes selbst. Es heißt da: »Die im Betrieb tätigen Arbeitnehmer« sollen beteiligt, in die Aufsichtsorgane aufgenommen werden; »Betriebsangehörige mit langjähriger Betriebszugehörigkeit«, »Mitwirkung durch Berufung in den Vorstand«, und zwar »auf Vorschlag der Betriebsangehörigen«, sind gemeint. Mindestens sechsmal sind die Forderungen auf die Arbeitnehmer selbst als Belegschaftsangehörige abgestellt und nicht auf ihre Organisationen. Erwähnenswert bleibt auch, daß zweimal ausdrücklich die »dringend notwendige Unternehmerinitiative« und die »private Unternehmertätigkeit« als förderungs- und erhaltungswürdig angesprochen wird, ohne sie jedoch klar zu umschreiben.

Wörtlich heißt es im Ahlener Programm:

»In den Betrieben, in denen wegen ihrer Größe das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer nicht mehr auf einer persönlichen Grundlage beruht, ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung sicherzustellen. Dies muß zunächst dadurch geschehen, daß die Arbeitnehmer des Betriebes in den Aufsichtsorganen, z. B. im Aufsichtsrat des Unternehmens, die ihnen zustehende Vertretung haben. Zu diesem Zweck bedarf es einer Reform des Gesellschaftsrechtes. Insbesondere ist dem Aufsichtsrat eine stärkere Stellung gegenüber der Verwaltung zu verleihen.

Bei Großbetrieben mit mehrköpfigem Vorstand sollte Betriebsangehörigen, die in langjähriger Betriebszugehörigkeit sich um den Betrieb verdient gemacht haben, Mitwirkung in der Leitung des Unternehmens durch Berufung in den Vorstand gewährt werden. Die Berufung erfolgt auf Vorschlag der Betriebsangehörigen, die dem Aufsichtsrat mindestens drei Vorschläge zu unterbreiten haben.

Dem von der Belegschaft gewählten Vorsitzenden des Betriebsrates ist Gelegenheit zur Mitwirkung in allen Fragen zu geben, welche die sozialen Interessen der Betriebsangehörigen berühren. Darüber hinaus hat die Betriebsleitung in jedem Fall dem Betriebsrat einmal monatlich Bericht über die Lage des Unternehmens zu erstatten, und den Betriebsangehörigen ist ein Anspruch auf Auskunftserteilung in diesen Besprechungen zuzubilligen.

Durch geeignete Maßnahmen soll den Arbeitnehmern eine Beteiligung am Ertrag gesichert werden. Die Formen dieser Beteiligung können verschiedenartig sein und unterliegen besonderer Vereinbarung.«

3. Schließlich wird in der Frage von »Planung und Lenkung der Wirtschaft« wohlbedacht zwischen einer »von Fall zu Fall« und einer solchen »als Selbstzweck« unterschieden. In normalen Zeiten seien derartige Eingriffe nur »in gewissem Umfang« erforderlich. Planungs- und Lenkungsfunktionen sollten von »Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft in Wirtschaftskammern wahrgenommen werden«, die letztlich »der parlamentarischen Kontrolle unterliegen«. Der Gedanke der Partnerschaft findet in der Forderung seinen Ausdruck, daß auf jeden Fall Arbeitnehmer und Konsumenten »innerhalb der wirtschaftlichen Selbstverwaltung neben den Unternehmern gleichberechtigt teilnehmen«.

Zur Planung und Lenkung heißt es im Ahlener Programm:

»Planung und Lenkung der Wirtschaft wird auf lange Zeit hinaus in erheblichem Umfange notwendig sein; es ist aber ein Unterschied, ob die Planung und Lenkung im Hinblick auf die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage erfolgt oder von Fall zu Fall als notwendig betrachtet wird. Planung und Lenkung der Wirtschaft wird auch in normalen Zeiten in gewissem Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat.

Diese Planungs- und Lenkungsaufgaben sollen von Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft in Wirtschaftskammern wahrgenommen werden. Ob diese Wirtschaftskammern identisch sein werden mit den Industrie- und Handelskammern, ist eine Frage von sekundärer Bedeutung. Notwendig ist auf jeden Fall, daß die breiten Massen der Arbeitnehmer und Konsumenten an dieser Planung und Lenkung innerhalb der wirtschaftlichen Selbstverwaltung neben den Unternehmern gleichberechtigt teilnehmen. In ihren letzten Entscheidungen unterliegen auch die Selbstverwaltungskörperschaften der parlamentarischen Kontrolle.«

4. Abschließend wird darauf verwiesen, daß bei allen Reformen der deutschen Wirtschaft und des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Betrieb das »erste und vornehmste Ziel das Wohl des ganzen Volkes« ist, nicht aber »das Wohl einer bestimmten Schicht«.

Fazit

Wenn man das Ahlener Programm unbeschadet seiner zeitbedingten Passagen als Ganzes betrachtet, bietet es zweifellos in den entscheidenden Aussagen eine Alternative zu damaligen sozialistischen Programmen und ist grundlegenden Prinzipien der christlichen Soziallehre und Ethik verpflichtet. Viele Einzelforderungen sind heute überholt, andere sind weitgehend verwirklicht, noch andere wären angesichts heutiger Verhältnisse neu zu formulieren. Aber bereits damals ist eine heute höchst aktuelle Gefahr erkannt worden, die eine klare Abgrenzung zu sozialistischen Vorstellungen darstellt: daß durch eine Mitbestimmung von Gewerkschaftszentralen mittels ihrer Funktionäre neue Abhängigkeiten der Arbeitnehmer, eine bedrohliche Machtkonzentration bei den Gewerkschaften und damit eine Pervertierung der Mitbestimmungsidee entstehen. Daher stellte man den einzelnen Arbeitnehmer und Betriebsangehörigen mit seinem Vor-

Wie beurteilten die maßgeblichen Männer der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft die Leitsätze? Konnten sie Einfluß auf die programmatische Entwicklung nehmen?

Was sagen die Leitsätze zur inneren Kontinuität?

In der Einleitung der Leitsätze wird entschieden der Vorwurf eines Rückfalls der Wirtschaftspolitik in »kapitalistische Formen und zu altem Liberalismus unsozialer, monopolistischer Prägung« zurückgewiesen; vielmehr erstrebe die CDU, »aufbauend auf dem Ahlener Programm«, die »soziale Marktwirtschaft«. Und nochmals im Schlußsatz zu den »wirtschaftspolitischen Leitsätzen« wird wiederum beteuert, daß »die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite ergänzt und fortentwickelt« würden.

Sind dies lediglich beschwichtigende Worte gegenüber einer beunruhigten christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft aus rein taktischen Erwägungen heraus oder sind tatsächlich die wesentlichen Grundsätze von Ahlen in dem neuen Papier festgehalten? Was ergibt sich aus dem Inhalt der Leitsätze zu dieser Frage?

a) Während noch im Entwurf die ursprüngliche Definition der sozialen Marktwirtschaft diese als die »Wirtschaftsverfassung, die...« kennzeichnete, heißt es in der endgültigen Fassung mit verstärkter sozialer Akzentuierung: »Die soziale Marktwirtschaft ist die *sozialgebundene* Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt.« Offensichtlich hat hier die Mitarbeit der alten Ahlener ihre Früchte getragen, zugleich entspricht die Formulierung der Forderung nach der »sozial gesteuerten Marktwirtschaft«²⁴.

b) »Echter Leistungswettbewerb« und »unabhängige Monopolkontrolle« werden anschließend als wesentliche Elemente dieser Wirtschaftsordnung genannt, um Freiheit und Bindung in Einklang zu bringen, was ganz im Sinne von Ahlen ist; auch die eindeutige Ablehnung einer »freien Wirtschaft liberalistischer Prägung« ohne jede »Sicherung des Leistungswettbewerbs« und die Herrschaft mächtiger

²⁴ Müller-Armack, a. a. O., 88.

»Kartelle und Marktverbände« sind das, was man in Ahlen verhindern sehen wollte. Die unerbittliche Absage jedoch an jedes »System der Planwirtschaft«, ganz gleich »ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind«, geht sicher über Ahlen hinaus oder steht sogar gegen die Vorstellungen von Ahlen.

In den Leitsätzen heißt es wörtlich:

»Weil wir die unsozialen Auswüchse einer solchen freien Wirtschaft vermeiden wollen, weil wir in ihr eine verfälschte Marktwirtschaft sehen, fordern wir neben dem Leistungswettbewerb die Monopolkontrolle. Erst eine wirksame Monopolkontrolle verhindert, daß Privatpersonen und private Verbände Lenkungsarbeiten in der Wirtschaft übernehmen können. Erst die Monopolkontrolle führt dazu, daß der Verbraucher mittelbar Art und Umfang der Produktion bestimmt und damit zum Herrn der Wirtschaft wird. Dadurch führt die von uns geforderte Wirtschaftsordnung neben den im Ahlener Programm genannten Mitteln zu wahrer Wirtschaftsdemokratie, und deshalb nennen wir sie die soziale Marktwirtschaft.«

c) Die »sozialpolitischen Grundsätze« sind in den Leitsätzen knapp geraten. Man bezieht sich auf »die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms«, die anerkannt werden, jedoch »nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt« werden.

Der Mitbestimmungsgedanke von Ahlen wird nicht aufgegriffen. Man könnte lediglich den Leitsatz 16 heranziehen, um an ihm in diesem Punkt anzuknüpfen und die Fortentwicklung der Düsseldorfer Leitsätze vorzunehmen. In ihm ist gefordert, »die Arbeitnehmer in ihren besten Köpfen mit maßgebendem Einfluß am Aufbau und an der Pflege der Arbeitsverfassung, an der Durchführung der Monopolkontrolle, an den Einrichtungen, die zur Überwachung des Wettbewerbs dienen, an dem Schutz, dem Ausbau der Geldordnung . . ., mit einem Wort: an den gesamten Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beteiligen«.

*Wie beurteilten die maßgeblichen Männer
der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft diese Leitsätze?*

War es für sie ein Verrat an Ahlen? Sind sie ein Widerspruch zu ihrer Wirtschafts- und Sozialauffassung?

Für die wirtschaftspolitische Ausgangslage nach 1945 mag ein Wort von Eugen Gerstenmaier stehen, der freimütig auf dem Kieler Parteitag 1958 bekannte, daß man im Kreisauer Kreis in den Jahren 1940–1944 sich eine deutsche Nachkriegswirtschaft nur »in der Gestalt einer moderierten Planwirtschaft und auf der Grundlage der sozialisierten Grund- und Schlüsselindustrien« glaubte vorstellen zu können. Es sei keine Schande, sich nach den jetzigen Erfahrungen eines Besseren belehren zu lassen²⁵. Nicht weniger selbstkritisch war auf dem gleichen Parteitag Hans Katzer, der zugestand: »Hätten wir 1947 in Ahlen einen Schimmer dessen gehabt, was an wirtschaftlicher Leistung möglich ist, wir hätten uns damals zu dem bekannt, was wir in unseren Eigentumsvorstellungen bekennen: statt des kollektiven Eigentums eine breite Streuung des Eigentums für jeden. Das nenne ich kein Verlassen des Ahlener Programms, sondern dazu sage ich, das geht über Ahlen hinaus«²⁶. Schließlich noch Theodor Blank, der in seinem Beitrag »Vom Ahlener Programm zu den Düsseldorfer Leitsätzen – Zur Dogmengeschichte der CDU« schildert, wie zur Zeit des Ahlener Programms die Möglichkeit einer freien, jedoch sozial verpflichteten Wirtschaft angesichts der Zerstörungen gering zu sein schien, und wie später gemeinsam das Ahlener Programm zu den Düsseldorfer Leitsätzen weiterentwickelt wurde²⁷.

So sind auch die *Düsseldorfer Leitsätze ein gemeinsames Werk* zusammen mit der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, die ihr eigenes Gedankengut, wie schon aufgezeigt, in die Leitsätze einbrachte. Jakob Kaiser stellte diese Tatsache auf der gesamtdeutschen Tagung der Sozialausschüsse im Juli 1949 klar. Er sagte dort: »Wir haben diesen Leitsätzen zugestimmt . . ., aber selbstverständlich bei (ihrer) Beratung entschiedenem Wert darauf gelegt, daß die Grundforderungen der Arbeiterschaft und der Zusammenhang mit dem wirtschaftspolitischen Ordnungsbild der christlich-demokratischen Arbeiterschaft gewahrt bleibt . . ., die eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms anerkannt bleiben, wenn sie auch nach der marktwirtschaftlichen Seite der Ergänzung bedurften«, wie auch zur Anerkennung gebracht worden sei, daß »nicht der Wettbewerb allein das Ordnungsprinzip der Wirtschaft sein darf« und »die Bindung an das Gemeinwohl« zu gelten

²⁵ Der 8. Bundesparteitag der CDU in Kiel Sept. 1958, Protokoll, S. 182.

²⁶ Ebd., 144.

²⁷ In: Wirtschafts- und Finanzpolitik. Festgabe für Franz Etzel, hrsg. v. A. Müller-Armack und H. B. Schmidt, Stuttgart 1967, 37–41.

habe und »neben dem marktwirtschaftlichen Prinzip starke Kontrollen und Regelungen zu ihrem Recht zu kommen« haben; »was die Sozialisierung angeht, so haben wir sie nie für ein Allheilmittel erklärt...«²⁸.

Von Verrat und Widersprüchen hinsichtlich des Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramms kann also keine Rede sein. Dennoch bleibt aber wahr, was *Franz Etzel* hinsichtlich einer »starken Abweichung der *Erhardschen* Ideen vom Ahlener Programm« diesen Kritikern erwiderte: »Wir wollen in den Leitsätzen klar zum Ausdruck bringen, daß wir sie in Erkenntnis und unter Berücksichtigung des Ahlener Programms formuliert haben. Aber es gibt sicher einige Punkte im vierten Abschnitt (Planung und Lenkung; Die Red.), von denen man – und ich gebe das ganz offen zu – sagen könnte, daß sie zu unserer Formulierung im Widerspruch stehen«²⁹.

IV. DER FORTWIRKENDE AUFTRAG VON AHLLEN

Ist das Ahlener Programm ein noch immer »fortwirkender Auftrag« der christlich-demokratischen Kräfte in den Unionsparteien oder war es bloß eine programmatische Zwischenphase von lediglich »historischer Bedeutung«, wie von interessierter Seite betont wird, um als taktisches Mittel einen Ausgleich zwischen dem *Adenauerflügel* und den »christlichen Sozialisten« zu schaffen und den möglichen Einfluß der Berliner Richtung unter *Jakob Kaiser* auf seine Freunde in den Westzonen zu neutralisieren und auszuschalten³⁰?

Immerhin fällt auf, daß in späteren CDU-Dokumentationen³¹ eine angemessene Würdigung des Ahlener Programms fehlt; man verweist darin lediglich auf gewisse »sozialpolitische Forderungen der Union« und eine empfohlene »Vergesellschaftung monopolartiger Unternehmungen«, obwohl doch *Adenauer* auf dem ersten Parteitag in der britischen Zone im August 1947 die Geschehnisse in Ahlen als einen

²⁸ *J. Kaiser*, Rede auf der gesamtdeutschen Tagung der Sozialausschüsse am 23. Juli 1949 in Düsseldorf, in: *J. Kaiser*, Nachlaß, Akte 60.

²⁹ *A. Heidenheimer*, *Adenauer and the CDU*, Den Haag 1960, 75; zitiert in: *Materialien* (s. Anm. 20), 60.

³⁰ *B. Uhl*, *Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945–1947*, hrsg. v. d. Konrad-Adenauer-Stiftung Mainz 1975, 92.

³¹ CDU-Dokumentation von 1969 bzw. Werbeschrift: *Die CDU. Geschichte, Idee, Programm, Statut*, Bonn 1962.

»Markstein in der Geschichte des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens« bezeichnet hatte³². Wahrlich ein dürftiges Vermerken eines Marksteins der eigenen geistigen Vergangenheit!

So sehr ein Programm in seiner geschichtlichen Situation und Funktion, in seiner Leistung und seinen Grenzen gesehen werden muß, würde man dem Ahlener Programm nicht gerecht werden, wenn der in ihm liegende »fortwirkende Auftrag« übersehen würde, der seinen innersten Kern ausmacht.

Das Ahlener Anliegen ist mehr als ein zeitbedingtes Programmpapier; es ist das Denken und Wollen einer hinter dem Programm stehenden, lebendigen gesellschaftlichen Gruppierung, der christlich-demokratisch orientierten Arbeitnehmerschaft, die bis heute nicht bereit ist, das eigene Anliegen für das Linsengericht einer bisher nur sehr unvollkommen verwirklichten sogenannten sozialen Marktwirtschaft preiszugeben und auf die Fortschreibung auch der Düsseldorfer Leitsätze auf eine person-orientierte »funktionsgerechte Mitbestimmung« zu verzichten. Was die Männer um *Jakob Kaiser* und *Johannes Albers* eigentlich und letztlich wollten, war die Überwindung des »längst überfälligen (Laissez-faire-) Kapitalismus«³³, »ein dritter Weg«, der zwischen Kapitalismus und Marxismus hindurch zu einer humaneren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen sollte, in der der Vorrang der Person eines jeden einzelnen inmitten und mittels der Gesellschaft beachtet, geschützt und wirksam zur Geltung gebracht würde. Gefragt, was die angestrebte »Neuordnung von Grund auf« bestimme, wäre die Antwort gewesen: die Sozialbindung und Sozialpflichtigkeit des Eigentums, der Wirtschaft und ihres Marktes und ihre kulturelle Verwurzelung in der christlichen Wertordnung³⁴.

³² E. Deuerlein, CDU/CSU 1945–1957, Köln 1957, 78.

³³ J. Kaiser, a. a. O.

³⁴ Im Vorrang der Person und der Sozialpflichtigkeit unterscheidet sich aller »Christlicher Sozialismus« von allem sonstigen, stammt doch »der Begriff ‚Sozialismus‘ aus der katholischen Ideenwelt Italiens und Frankreichs an der Wende zum 19. Jahrhundert. Kirchliches Denken hat von Anfang an seinen Einspruch gegen das neue individualistische Rechtsdenken des 18. und 19. Jahrhunderts angemeldet, indem es auf den sozialen Zusammenhang der Individuen verwies« (H. Maier, Kirche und Gesellschaft München 1972, 217, Anm. 30), während alle sozialdemokratischen Programme bis zum Godesberger immer nur die Freiheit des Kollektivs kannten, »des Proletariats, der Klasse, des Volkes, der Menschheit, niemals die Freiheit des einzelnen« (S. Miller, Das Problem der Freiheit im Sozialismus, Frankfurt/M./Köln 1964, 293).

Mit dieser Zielsetzung und Frontstellung gegen den überkommenen wirtschaftlichen Liberalismus trafen sich die Ahlener, wenngleich noch nicht gewußt und bewußt, völlig mit den maßgeblichen Theoretikern und Praktikern der sozialen Marktwirtschaft um *Eucken*, *Röpke*, *Hayek*, *Rüstow*, *Briefs*, *Müller-Armack* und *Ludwig Erhard*, die sich eben anschickten, ebenfalls einen »dritten Weg« zu gehen, den Weg der »sozialen Marktwirtschaft« zwischen Sozialismus und Liberalkapitalismus³⁵.

Das Konzept der »sozialen Marktwirtschaft«

Beiden Gruppen ging es um das neue Verständnis der Wirtschaft als eines »gesellschaftlichen Prozesses« und um den Versuch, die wirtschaftliche Macht des Kapitals in Wirtschaft und Gesellschaft in Grenzen und Schranken zu halten, ebenso wie es seit geraumer Zeit hinsichtlich der Macht der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften notwendig wäre. Es war vor allem der Verdienst von *Wilhelm Röpke*³⁶, den inneren Zusammenhang von wirtschaftlichem Liberalismus und wirtschaftlichem Machtmißbrauch erkannt zu haben, so daß seine klare Forderung dahin ging, eine »deutliche Grenze gegenüber dem Individualismus« zu ziehen, der »für so viele Irrwege des historischen Liberalismus verantwortlich zu machen ist«. Denn dessen Laissez-faire-Marktwirtschaft des 19. Jahrhunderts mit ihrer wachsenden Vermachtung habe darin gegründet, daß »Freiheit des Wettbewerbs« mißverstanden wurde als Freiheit von staatlicher und gesellschaftlicher Einflußnahme unter Verkennung des möglichen und tatsächlichen Mißbrauchs der Freiheit. Bestärkt wurden Röpke und seine Freunde durch die mißlichen Erfahrungen der totalitären Vergangenheit, einen dritten Weg zu suchen, und sie fanden ihn in dem Modell einer »geordneten Wettbewerbswirtschaft«, die *Müller-Armack* »soziale Marktwirtschaft« nannte und die bald das Markenzeichen für das »deutsche Wirtschaftswunder« wurde und außerordentliche schöpferische Kräfte weckte. Man erkannte die Interdependenz von gesellschaftlicher Ordnung, staatlicher Verfassung und Wirtschaftsordnung und öffnete sich der Erkenntnis, daß Marktwirtschaft und Wirtschaft überhaupt mehr sind als bloßes Markt- und Wirtschaftsgeschehen und im Rahmen der Gesamtordnung und der

³⁵ *A. Müller-Armack*, a. a. O.

³⁶ *W. Röpke*, *Fronten der Freiheit. Eine Auslese aus dem Gesamtwerk*, hrsg. v. *H. O. Wesemann*, Stuttgart 1965, 136–151, 227–243.

Kultur eines Volkes stehen müssen, oder wie es *Röpke* lapidar formulierte: Die Gesellschaft als Ganzes kann nicht auf dem »Gesetz von Angebot und Nachfrage« aufgebaut sein³⁷.

So fanden sich die Ahlener und Düsseldorfer bald bei der Frage nach dem »Sozialen« in Gesellschaft und Wirtschaft und erstellten in Zusammenarbeit die Düsseldorfer Leitsätze mit dem Zentralbegriff der sozialen Marktwirtschaft als der »sozial gebundenen Verfassung der gewerblichen Wirtschaft«, die »das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden« sucht³⁸ und einer »klaren Rahmenordnung des Wettbewerbs« bedarf, um die Funktionsfähigkeit dieser freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu sichern³⁹.

Ein Zweifaches beinhaltet also der Begriff des »Sozialen« in der »sozialen Marktwirtschaft«:

1. Die notwendige *gesellschaftlich-staatliche Verankerung der Marktwirtschaft*. Das betrifft eine staatliche »Rahmenordnung« zur Verankerung des Marktgeschehens in »gesellschaftlichen Widerlagern«, wie es *Röpke* formuliert. Und weiter: Die Marktwirtschaft ist ein »Kulturprodukt«, bedarf einer Rechtsordnung und ihrer Spielregeln, die vom Staat als dem Urheber und Schützer der Rechtsordnung eine aktive Wettbewerbspolitik und Kartellgesetzgebung verlangt, um die angemessene Rahmenordnung sicherzustellen. Es gilt von seiten des Staates die wirtschaftliche Freiheit aller Beteiligten marktkonform so zu binden, daß die sozial erwünschten Effekte zustande kommen und auf dem Markt Leistung gegen Leistung und nicht Macht gegen Macht zum Austrag gelangen. Die Problematik und Gefährdung dieses marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems liegt darin, daß es ohne einen starken Staat auf Dauer nicht lebens- und funktionsfähig bleibt. Aber woher soll in einer pluralistischen Verbands- und Parteiendemokratie der erforderliche starke Staat kommen?

2. Die notwendige *gesellschaftlich-kulturelle Verwurzelung in der je eigenen Kultur*. Auch zu dieser Bedeutung von »sozial« hat *Röpke* unübertrefflich und unmißverständlich alles Notwendige gesagt⁴⁰. Das wirtschaftliche Geschehen der sozialen Marktwirtschaft ist in eine übergreifende Lebensordnung einzufügen, die die notwendige Korrek-

³⁷ Ebd., 231.

³⁸ *A. Müller-Armack*, Soziale Marktwirtschaft, in: HSW IX., 390–392.

³⁹ *W. Röpke*, a. a. O., 229, *A. Müller-Armack*, Wirtschaftslenkung, 84, 88.

⁴⁰ *W. Röpke*, a. a. O., 142 ff., 230 ff.

tur und Ergänzung zu dem rein technisch verlaufenden Prozeß der Gütererzeugung vollzieht. Sie steht wider die Enge bloß liberalistischer ökonomischer Weltanschauung, ist einer bestimmten Lebensauffassung und gesellschaftlich-moralischen Welt zugeordnet. Sie ist von einer bestimmten Gesellschafts- und Wirtschaftsphilosophie getragen, wurzelt in einer Kultur und damit in Wertvorstellungen, die »jenseits von Angebot und Nachfrage« menschliches Handeln auch in der Wirtschaft bestimmen sollten. Es sind bestimmte Grundhaltungen, die respektiert werden müssen, wie individuelle Verantwortung und solidarisches Einstehen für den Mitmenschen, Anerkennung unantastbarer Normen und Rangordnung der Werte, in Eigentum verankerte Unabhängigkeit, Rechnen und Sparen, vernünftige Lebensplanung und Risikobereitschaft und vieles andere.

Röpke weiß auch, daß Markt und Wettbewerb jene sittlichen Reserven nicht erzeugen, sondern voraussetzen und verbrauchen. Darum sind unentbehrliche Stützen die Substrukturen wie Familie und Kirche, echte Gemeinschaften und Traditionen. Soziale Marktwirtschaft ruht auf einem menschlichen Ethos. Neben den Technikern der Marktwirtschaft bedarf es dieser als Ethiker.

*Schatten auf der sozialen Marktwirtschaft*⁴¹

Man muß nicht »christlicher Sozialist« sein, um die Gefährdungen unserer Wirtschaftsordnung und damit die ständige Aufgabe zu sehen, dem Verfall dieser Ordnung zu steuern. Wie alle von Menschen erdachten Systeme unterliegt auch die soziale Marktwirtschaft, so genial sie auch konzipiert sein mag, dem Verdikt der Gefallenheit des Menschen und somit der täglichen Gefahr der Entartung und Entmenschlichung⁴².

Vor über fünfundzwanzig Jahren wurde die soziale Marktwirtschaft von *Ludwig Erhard* als ein »Experiment« begonnen. Das Leitbild der Wirtschaftsordnung als einer Rechtsordnung und des Vorranges der Person und ihrer Freiheit über die ökonomische Effizienz und Zweckmäßigkeit ist bald verblaßt. Man opferte den Rechtsstaat schnell den ökonomischen Aspekten, vergaß zu schnell den geschichtlichen Beginn der sozialen Marktwirtschaft als Alternative zu einer

⁴¹ *C. Mötteli*, Schatten auf der sozialen Marktwirtschaft, Walberberger Gespräche, Stuttgart 1971.

⁴² *W. Weber*, Die Kirchen vor dem Pluralismus der gesellschaftlichen Systeme, in: Soziale Verantwortung. Festschrift für *Goetz Briefs*, Berlin 1968, 625–644, 633.

abgewirtschafteten Vergangenheit administrativ gelenkter Wirtschaftspolitik. Man unterschätzte – zu optimistisch, zu leichtfertig, zu ausbeuterisch – die notwendige Funktion des Staates für einen funktionsfähigen Wettbewerb. *Erhards* Mühsal seit den fünfziger Jahren, eine greifende Antikartell- und Monopolgesetzgebung gegen den Widerstand der großen Industrie durchzusetzen, ist bekannt. Ökonomistisch-positivistischer Pragmatismus hat den Zweifel an der sozialen Marktwirtschaft und an der Ethik gewisser »Marktwirtschaftler« in weite Kreise des Volkes getragen.

Fortwirkender Auftrag von Ahlen

Angesichts solcher Schatten auf der sozialen Marktwirtschaft, die doch als solche und deren »humane und kulturelle Weiterentwicklung nach Lage der Dinge heute allein operabel« erscheint⁴³, erweist sich das Ahlener Programm als ein noch immer fortwirkender Auftrag und von nicht bloß historischer Bedeutung. Auch die Düsseldorfer Leitsätze sind allein von sich aus nicht wirkmächtig, wenn nicht die dahinter stehenden politischen Kräfte die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft und ihre unabdingbaren Voraussetzungen in Staat, Gesellschaft und Partei ständig gegenwärtig halten, nämlich die Sozialpflichtigkeit von Wettbewerb und Markt, das die soziale Marktwirtschaft tragende Ethos einer Wertordnung »jenseits von Angebot und Nachfrage« sowie die Sorge des Staates um eine wirksame Rahmenordnung zur Sicherstellung eines »funktionierenden Wettbewerbs«. Nur so kann die soziale Marktwirtschaft der dritte Weg zwischen Sozialismus und Liberalkapitalismus zu einer humanen Gesellschaft sein, wenn sie »sozial gesteuerte Marktwirtschaft« bleibt. Nur um diesen Preis ist sie zu haben und zu behalten. Der fortwirkende Auftrag der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft gründet auf dem Anliegen von Ahlen, wachsam, erfinderisch und durchsetzungswillig die sozial-gesellschaftspolitischen Impulse und Imperative zu verwirklichen. Insoweit ist am ehesten *Norbert Blüm*⁴⁴ zuzustimmen, der das Ahlener Programm »eine Wegmarke . . . und insofern kein historisches Dokument« nennt, mehr noch, es ist eine Weichenstellung und Ausdruck des sozialen Gewissens der christlich-sozialen Bewegung.

⁴³ *G. Briefs*, zitiert bei *O. v. Nell-Breuning*, *Wie sozial ist die Kirche?*, 131 f.

⁴⁴ *N. Blüm*, *Erinnerung für die Zukunft*, in: *Soziale Ordnung*, Nr. 2, 26. Febr. 1972.